

KURSWECHSEL

DIE LINKE in den Landtag: Soziale Gerechtigkeit wählen

Schwarz-Gelb abwählen – damit die Arroganz der Macht ein Ende findet

Am 27. März schaut ganz Deutschland auf Baden-Württemberg. Die Wähler werden zum ersten Mal die Chance haben, die CDU in die Opposition zu befördern. Ein Machtwechsel in Stuttgart würde einem „politischen Erdbeben“ gleichkommen, schreibt die Stuttgarter Zeitung und folgert: „Kanzlerin Angela Merkel geriete in eine schwere Krise, und FDP-Chef Guido Westerwelle wäre endgültig reif für den Rücktritt.“ „Das wäre eine große Niederlage für die Hartz-IV-Parteien“, sagt Roland Hamm, Spitzenkandidat der LINKEN bei der Landtagswahl. Und er meint damit neben der CDU, der FDP und den Grünen auch und vor allem die SPD, die Partei, die unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Hartz IV und die Agenda 2010 erfunden hat. Roland Hamm hat die SPD damals nach 27 Jahren aus Protest verlassen.

„Ich bin in die SPD eingetreten, weil sie für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie stand“, sagt der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Aalen und Schwäbisch Gmünd. Doch Schröders SPD habe genau das Gegenteil gemacht. „Die oberen Einkommenschichten wurden immer reicher, die mittleren und die unteren immer ärmer.“ Und so sei es dann unter Angela Merkel weitergegangen. Hamm: „Der Aufschwung, den die Kanzlerin besingt, ist doch bei den meisten Menschen immer noch nicht angekommen.“

Rambo-Methoden

„Und in den vergangenen zwölf Monaten mussten die Baden-Württemberger noch die Rambo-Methoden von Ministerpräsident Stefan Mappus ertragen“, ergänzt Marta Aparicio, die Frau im Spitzenduo der LINKEN. Die Arroganz der Macht müsse



Baden-Württemberg muss sozialer, demokratischer und ökologischer werden

endlich ein Ende haben. Der Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 passe nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat, sagt die Stuttgarterin. Und mit dem milliarden schweren Kauf von EnBW-Aktien am Parlament

vorbei habe Ministerpräsident Mappus bewiesen, „dass er nicht einmal auf dem Boden unserer Verfassung steht“. Auch das Auftrittsverbot von Landtagskandidaten der LINKEN in unseren Schulen habe nichts mit Demokratie zu tun.

Der Albtraum des Stefan Mappus



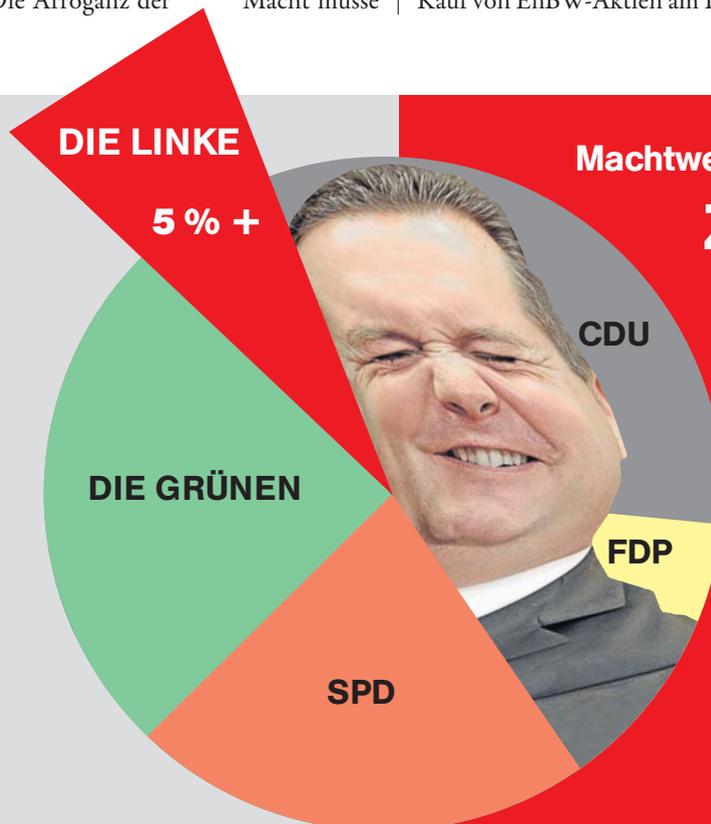
Seit Wochen träumt Stefan Mappus nur noch von einer Zahl: 4,99 Prozent. Mehr Stimmen dürfe DIE LINKE auf keinen Fall erhalten, hofft der CDU-

Mann. Sonst würde sein Albtraum Wirklichkeit: DIE LINKE erhält über fünf Prozent und zieht in den Landtag ein. Grün-Rot hätte dann – laut Umfragen – zusammen mit uns eine Mehrheit.

Wir stehen für einen echten Politikwechsel. Wählen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten.

Bernd Riexinger

Sprecher der LINKEN in Baden-Württemberg



Machtwechsel in Baden-Württemberg:

Zum Greifen nah

Nur wenn DIE LINKE in den Landtag einzieht, verliert Schwarz-Gelb die Mehrheit im Landtag.

Nur zusammen mit der LINKEN kann Grün-Rot Stefan Mappus auf die Oppositionsbank schicken.

Nur wenn DIE LINKE die Fünfprozenthürde überspringt, ist nach 57 Jahren ein Politikwechsel möglich.

Liebe Leserinnen und Leser,



die Landtagswahl am 27. März 2011 ist eine besondere Wahl. Erstmals nach über fünf Jahrzehnten haben Sie die reale Chance, die verbrauchte CDU geführte Regierung abzuwählen. Und Sie werden damit auch bundesweit ein Signal setzen. Ein Signal gegen die Arroganz der Macht. Ein Signal gegen den Afghanistan-Krieg und die Hartz-IV-Parteien. Ein Signal für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ein Jahr Stefan Mappus ist genug. Er betreibt eine Politik der sozialen Kälte, trägt die politische Verantwortung für Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten und zeichnet sich durch ein mangelhaftes Demokratieverständnis aus.



Ein Politikwechsel ist aber nur möglich, wenn die CDU, die SPD, FDP und Grüne im Stuttgarter Landtag nicht unter sich bleiben.

Das ist wichtig für die Wiederherstellung des Sozialstaates und die Steuergerechtigkeit. Und das ist wichtig für unsere Demokratie, für einen Neuanfang in Baden-Württemberg. DIE LINKE in Baden-Württemberg ist eine junge und unverbrauchte Kraft. Sie wird frischen Wind in den Landtag bringen. Und sie wird das Zünglein an der Waage sein, wenn Sie als Wählerin oder Wähler dies wollen. Gehen Sie deshalb zur Wahl. Stimmen Sie für die Kandidatinnen und Kandidaten der Linken.

Ihr Gregor Gysi
Ihr Oskar Lafontaine

Wir wollen einen echten Politikwechsel

Interview mit Marta Aparicio, der Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE tritt zum ersten Mal bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg an. Glauben Sie, dass die Wähler Vertrauen in eine so junge Partei haben?

Marta Aparicio: Seit Jahren werden wir von einer Maultaschen-Connection regiert. Die Wähler haben längst das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren. Ich höre immer wieder, dass viele einer jungen und unverbrauchten Kraft wie uns jetzt eine Chance geben wollen. Wir können frischen Wind in den Landtag bringen. Unser Motto heißt: sozial, auch nach der Wahl. Wir wollen einen echten Politikwechsel. Und Bürgerbewegungen wie die gegen das Milliarden-Grab Stuttgart 21 können sicher sein: Wir bleiben ein verlässlicher Partner.

Sie werfen Schwarz-Gelb Versagen in der Frauenpolitik vor.

Marta Aparicio: Die Frauen haben einiges erreicht. Doch immer noch müssen wir für Gleichberechtigung kämpfen. Gerade in Baden-Württemberg wissen viele Frauen nicht, wie sie ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen lassen können. Denn wir haben zu wenige Betreuungsplätze. Familie und Beruf müssen aber endlich miteinander vereinbar werden.

Viele Frauen sind trotz Arbeit arm.

Marta Aparicio: Es gibt nach wie vor eine große Lohnlücke. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit sind wir in der Europäischen Union an siebttletzter Stelle. In Baden-Württemberg beträgt der Entgeltunterschied sogar 28,5 Prozent. Viele Frauen arbeiten in Teilzeit, haben nur einen sozialversicherungsfreien Minijob oder müssen als Leiharbeiterinnen von einem Job zum anderen wechseln. Ja sogar Arbeit auf Abruf wird wieder Mode. Das betrifft übrigens auch Männer. Ich kenne junge



„Auch Migranten müssen gleiche Chancen bekommen.“ Marta Aparicio

Männer und Frauen, die noch nie länger als zwei Jahre an einem Arbeitsplatz gearbeitet haben. Wie sollen junge Leute bei so viel Unsicherheit eine Familie gründen? Ich will, dass Alleinerziehende, Lohn-Aufstockerinnen, Frauen im Einzelhandel oder in der Gastronomie von ihrem Einkommen ein würdiges Leben führen können.

Oft fehlt ihnen die nötige Ausbildung.

Marta Aparicio: Das ist großteils ein Ergebnis unseres maroden Schulsystems. Bildung muss endlich für alle gebührenfrei sein. Meine Töchter studieren noch. Deshalb muss ich für beide jeweils 1.200 Euro Studiengebühren pro Jahr bezahlen. Ich kenne Eltern, die das nicht können. Deren Kinder dann nebenher so lange arbeiten müssen, dass sie das Studium nicht mehr schaffen. Ist das gerecht? Auch Migrantinnen und Migranten müssen gleiche Chancen bekommen, denn nur so erreichen sie eine gleichberechtigte Integration.

Ich habe an der Volkshochschule Programme für Jugendliche entwickelt, die den Hauptschulabschluss nachma-

chen wollen. Ich erinnere mich an eine junge Frau ohne Schulabschluss. Sie hat nur von Mini-Jobs gelebt. Doch dann hat sie bei uns angefangen. Und obwohl sie schwanger wurden, schaffte sie schließlich den Abschluss. Meine Erfahrung: Wenn man Jugendliche gut begleitet, können sie meist ihre Ziele erreichen.

„Jetzt könnt ihr es schaffen“



Noch nie war die Hoffnung, die CDU in Stuttgart von der Macht zu drängen, so groß. Jetzt könnt ihr es schaffen. Und Schwarz-Gelb in

Berlin wird nicht mehr so weiterregieren können wie bisher. Das würde auch uns als linke Abgeordnete im Bundestag bei der Opposition helfen.

Euer Ulrich Maurer

Marta Aparicio

Geboren am 5. Januar 1952 in Buenos Aires, Argentinien
Deutsche und argentinische Staatsbürgerschaft
Verheiratet, zwei erwachsene Töchter
Ab 1970 Studium der Politikwissenschaften, der Ethnologie und der romanischen Philologie in Köln
1989 für kurze Zeit Mitglied der Grünen
Seit 1994 Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule in Stuttgart
1992 bis 1995 Mitglied der Frauenkommission Frauenhandel des Sozialministeriums
Bis 2009 fünf Jahre lang Mitglied des Internationalen Ausschusses des Stuttgarter Gemeinderats
Bis 2009 Mitglied des Beirats für Chancengleichheit der Stadt Stuttgart
Betriebsrätin

Der Aufschwung geht an den meisten Menschen vorbei

Interview mit Roland Hamm, dem Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahl

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl 2009 in Baden-Württemberg 7,2 Prozent erhalten. Wird sie das Ergebnis am 27. März wieder erreichen?

Roland Hamm: Ich traue uns ein Ergebnis zu, mit dem wir in den Landtag einziehen können. Denn die Menschen nehmen diese Wahl sehr ernst. Schließlich haben wir das erste Mal seit Jahrzehnten eine reale Chance, die inzwischen völlig verfilzte CDU aus der Regierungsverantwortung zu wählen, eine Partei, die vor allem von der Wirtschaft und Lobbyisten gesteuert wird. Die Politik hat aber den Menschen zu dienen. Sie muss die Cheftagen zügeln und sinnvolle wirtschaftliche Rahmenbedingungen festlegen. So führt die reine Exportorientierung in Baden-Württemberg schnell

DIE LINKE will eine sozialere, demokratischere und ökologischere Politik.

in die nächste Krise. DIE LINKE will einen sozialökologischen Umbau. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau regenerativer Energien. Kurz gesagt: Wir wollen, dass das Land sozialer, demokratischer und ökologischer wird.

Alle reden derzeit vom Aufschwung. Wird das nicht der CDU nutzen?

Roland Hamm: Der Aufschwung geht doch an den meisten Menschen vorbei, auch in einem vergleichsweise reichen Bundesland wie Baden-Württemberg. Die Armut hat auch bei uns zugenommen. Etwa jedes zehnte Kind benötigt Unterstützung nach den Hartz-IV-Regeln.

Aber in der Industrie brummt das Geschäft wieder.

Roland Hamm: Und die Leiharbeit boomt auch. Heute bekommt kaum



„Bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidaten.“ Roland Hamm

mehr jemand einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Jeder vierte Beschäftigte in Baden-Württemberg hat atypische Verträge. So nennen das die Wirtschaftsforscher. Das sind mehr als eine Million Erwerbstätige, die in großer Unsicherheit leben, weil sie nur geringfügig, in Teilzeit, als Leiharbeiter oder befristet beschäftigt sind. Das wollen wir ändern. Dafür brauchen wir einen Regierungs- und einen Politikwechsel.

Es heißt, die Linke hätte gar nicht das Personal, um sich an einer Regierung beteiligen zu können.

Roland Hamm: Über eine Regierungsbeteiligung will ich nicht spekulieren. Aber wir haben hervorragende Kandidaten. Und auch sonst gibt es in unseren Reihen hoch qualifizierte Leute, Wirtschaftswissenschaftler, Professoren, Schulleiter, angesehene Juristen und so weiter. Denn ein Landesminister muss nicht unbedingt auch Abgeord-

netter sein. Doch jetzt wollen wir erst einmal unser Wahlziel erreichen.

Gäbe es genug Gemeinsamkeiten mit SPD und Grünen?

Roland Hamm: Wer die drei Wahlprogramme liest, bemerkt, dass es durchaus eine Schnittmenge gibt. Das beginnt bei A wie Atomausstieg und endet bei V wie Volksbefragung. Aber nur mit uns gibt es eine Garantie für einen wirklichen Politikwechsel.

DIE LINKE in Baden-Württemberg gilt als eine Art Gewerkschaftspartei. Kann sie damit genügend Wähler ansprechen?

Roland Hamm: Gewerkschafter haben bewiesen, dass sie sich erfolgreich für andere Menschen einsetzen können. Das ist eine Stärke, mit der wir punkten können. Doch bei uns gibt es ein breites Spektrum an Kandidatinnen und Kandidaten. Wir haben ehemalige SPD-Mitglieder, die häufig eine reichhaltige politische Erfahrung mitbringen. Denken Sie an Ulrich Maurer, der die SPD im Südwesten viele Jahre lang geführt hat und jetzt für DIE LINKE im Bundestag sitzt.

Wie sieht es in anderen Politikfeldern aus?

Roland Hamm: Zu unseren Kandidatinnen und Kandidaten gehören praktizierende Christen, Pädagogen und Professoren. Und unsere Spitzenkandidatin Marta Aparicio arbeitet als Fachbereichsleiterin bei der Volkshochschule. Bildung und individuelle Förderung für alle, das hat in der LINKEN einen großen Stellenwert. Das gleiche gilt für den Umweltschutz und für den Verkehr. Einige unserer Kandidaten stammen aus der Ökobilogische Bewegung oder waren Mitglieder der grünen Partei. Außerdem kandidieren etliche Stadt- und Kreisräte, die sich sehr gut in der Kommunalpolitik auskennen.

Vermögenssteuer einführen

DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die für Verteilungsgerechtigkeit steht. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und ihre Profiteure zahlen, nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Großkonzerne und Vermögende sollen endlich wieder mehr Steuern abführen – bei-



spielsweise durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes.

Allein die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer von fünf Prozent – bei einem Freibetrag von einer Million Euro – würde Baden-Württemberg jährlich bis zu zehn Milliarden in die öffentlichen Kassen spülen.

Sybille Stamm
Landessprecherin der LINKEN

Roland Hamm

Geboren 11. November 1956 in Westhausen, verheiratet, zwei Kinder
Ausbildung und Tätigkeit als Industriekaufmann
Gewerkschaftsmitglied seit 1973, Jugendarbeit, dann Betriebsratsvorsitzender
Seit 1981 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Aalen
Seit 1989 Erster IG-Metall-Bevollmächtigter in Aalen
Seit 2008 zusätzlich die gleiche Funktion bei der IG Metall Schwäbisch Gmünd
Mitglied des Verwaltungsrats der AOK Baden-Württemberg, alternierender Vorsitzender der AOK Ost-Württemberg
1976 bis 2003 SPD-Mitglied
1994 bis 2005 Gemeinderat der Stadt Aalen
2004 Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG)
Seit 2009 Gemeinderat in Aalen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE/Pro Aalen
Aufsichtsrat der Carl Zeiss AG als Vertreter der Arbeitnehmer

Keine öffentlichen Aufträge für Abzocker

DIE LINKE lehnt Privatisierungen ab und fordert ein Tariftreuegesetz für die öffentliche Hand

Leiharbeit, Minijobs, Dumpinglöhne: Das kommt fast immer dabei heraus, wenn Kommunen ihre Müllabfuhr abschaffen oder wenn Krankenhäuser die Küche schließen. Privatfirmen machen es billiger. „Aber meistens nur, weil sie Niedriglöhne zahlen“, kritisiert Bernhard Strasdeit. Er hat die Billiglohn-Masche als Tübinger Kreisrat bekämpft. Jetzt will er dagegen im Landtag vorgehen. Der Landesgeschäftsführer der LINKEN kandidiert im Wahlkreis Tübingen.

„Die Eigentümer streichen meist hohe Gewinne ein“, sagt Strasdeit. Viele schickten ihre Leute trotzdem als „Aufstocker“ zum Jobcenter, wenn der karge Verdienst ihrer Arbeiter nicht zum Überleben reicht. Sie bekommen dann so viel Arbeitslosengeld, dass sie finanziell Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt sind. „1,4 Millionen Aufstocker gibt es mittlerweile in Deutschland“, empört sich Strasdeit, „so darf die Zukunft unserer Jugend nicht aussehen“, sagt der Vater von drei Kindern.

Es geht auch um die Würde

Privatisierungen seien teuer, jedenfalls dann, wenn man die sozialen Folgekosten mit einrechnet. So argumentieren die LINKEN in den Gemeinderäten und Kreistagen. Sie machen sich dafür stark, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu erhalten. Strasdeit: „Dabei geht es uns nicht nur ums Geld, son-

dern auch um Würde. Oder gehören Menschen, die Toiletten sauber machen, Müll entsorgen oder im Wald arbeiten, etwa nicht zu uns?“

Auch der Tübinger Kreistag hatte die Wahl: Er konnte den Abfall weiter von der kommunalen Müllabfuhr abholen lassen oder damit eine Privatfirma beauftragen. Die Betroffenen und ihre Gewerkschaft Verdi sprachen sich deutlich gegen eine Privatisierung aus. Die LINKEN unterstützten sie von Anfang an. Schließlich fand sich im Kreistag eine Mehrheit für die kommunale Lösung.

Landauf, landab treten DIE LINKEN in den Kommunalparlamenten für Rekommunalisierung ein – also dafür, dass die öffentliche Hand Aufgaben wie die Wasser- oder Energieversorgung wieder selbst übernimmt. „Und wenn die Kommunen oder das Land Aufträge vergeben, dann müssen die Firmen ordentliche Löhne zahlen“, findet Strasdeit. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn fordert DIE LINKE ein Tariftreuegesetz: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifstandards einhalten. Abzockerfirmen erhalten keine mehr. Städte und Gemeinden brauchen aber auch Geld für Kindertagesstätten und Schulsozialarbeit. Sie müssen Schlaglöcher stopfen oder Schülerfahrkarten bezahlen. Deshalb, so Strasdeit, müsse



Privatisierung verhindert:
Bernhard Strasdeit im Gespräch mit dem Tübinger Müllwerker Jean Dieux

sich Baden-Württemberg beim Bund für eine Millionärssteuer starkmachen. „Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten“, sagt der Tübinger. Als Abgeordneter würde er sich vor allem für die Bekämpfung von Armut und für die Kommunen einsetzen. Er würde gegen die von der FDP geforderte Privatisierung der Unikliniken angehen und versuchen, vereinfachte Bürgerentscheide und direkt gewählte Landräte durchzusetzen.

DIE LINKE im Internet

Auf unserer Internetseite finden Sie Angaben zu den Kandidatinnen und Kandidaten, das Wahlprogramm sowie die Wahlprospekte zum Herunterladen. Sie können aktuelle Meldungen und Videos, das Presseecho und Wahlkampftermine abrufen.

www.dielinke-in-den-landtag.de

- Ich möchte gerne mehr Informationen über DIE LINKE.
- Bitte schicken Sie mir das Wahlprogramm.
- Ich möchte DIE LINKE im Wahlkampf unterstützen.
- Ich will Mitglied werden.

Familiename, Vorname

Straße, Hausnummer

E-Mail und/oder Telefonnummer

Bitte senden an:

DIE LINKE. Baden-Württemberg

Marienstraße 3A

70178 Stuttgart

info@die-linke-bw.de

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Mappus grenzt die Linken aus

Ein grober Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz

Demokratie à la Stefan Mappus: CDU, SPD, FDP und Grüne – der Rest muss bei Podiumsdiskussionen zur Landtagswahl an Schulen draußen bleiben. So verlangt es Marion Schick, die neue Kultusministerin von Stefan Mappus. Ob in Tübingen, Reutlingen, Göppingen, Markgröningen, Freudenstadt, Lahr, Wangen oder Sinsheim, überall haben die Kandidaten der LINKEN Auftrittsverbot bekommen. Dabei ist die Partei 2009 in den Bundestag mit zwölf Prozent der Stimmen gewählt worden; in Baden-Württemberg bekam sie sieben Prozent.

Beispiel Tübingen: Die Schülermitverantwortung (SMV) des Kepler-Gymnasiums hatte zu ihrem Wahlpodium auch Bernhard Strasdeit, den Kandidaten der Linken und den Bewerber der Piratenpartei eingeladen. Einen Tag vor der Veranstaltung hat das Kultus-

ministerium die Teilnahme der Kandidaten der Piratenpartei und der Linken verboten. Bernhard Strasdeit protestierte gegen „den massiven Eingriff in die demokratischen Grundrechte und die Bevormundung der SMV“.

Ähnliche Lage in Wangen im Allgäu, wo die Kaufmännische Schule Reinhard Gumz ausladen musste. Dies sei ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, sagte der Landtagskandidat. Offenkundig habe Mappus Angst, dass die LINKEN in den Landtag einziehen wird.

Doch die Schüler des Kepler-Gymnasiums hatten Glück. Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer erklärte die Kandidatenrunde im städtischen Schulgebäude kurzerhand zur Veranstaltung der Stadt. Er ließ alle Kandidaten zu, die die Schüler eingeladen hatten.

Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen

Landtagskandidat Roland Schuster: Arbeiterkinder werden in der Schule benachteiligt

In welchem Land leben wir“, fragt Jutta Graf-Baier, „dass eine so erfolgreiche Schule wie die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried nicht als Regelschultyp zugelassen wird“? Seit über 35 Jahren führt sie Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu den unterschiedlichen Abschlüssen. Auch viele Schüler ohne Gymnasialempfehlung schaffen an der Gesamtschule das Abitur.

„Die Jugendlichen kommen häufig aus Familien, die ihre Kinder schulisch nicht genug unterstützen können“, sagt Jutta Graf-Baier. Die Kandidatin des Wahlkreises Mannheim II, die viele Jahre stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrats beim Mannheimer Zeitungsverlag war, weiß, wovon sie spricht. Sie hat selbst einen Hauptschulab-

Die Landesregierung blockiert das Gesamtschulprojekt.

schluss. Und sie bedauert noch heute, dass sie ihre beiden Kinder nicht auf die Mannheimer Gesamtschule schicken konnte, weil die Familie früher in Ladenburg wohnte.

Drei Jahre besuchen die Schülerinnen und Schüler der Mannheimer Gesamtschule die integrierte Orientierungs-

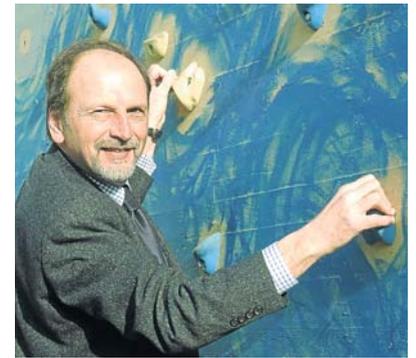
stufe. Erst nach der siebten Klasse entscheiden sie sich für eine bestimmte Schullaufbahn. Die Schule ist bei Eltern und Schülern äußerst beliebt. Die Anmeldequoten liegen um 100 Prozent über der Aufnahmekapazität. Deswegen hat der Gemeinderat die Errichtung einer zweiten Gesamtschule im Mannheimer Süden beschlossen. Doch die Stuttgarter Landesregierung

blockiert das Projekt, wo sie nur kann. „Frühzeitige Selektierung der Kinder nach Klasse vier ist für die CDU eine Heilige Kuh“, kritisiert Roland Schuster, der zweite Mannheimer Landtagskandidat der Linken. „Quer durch alle Studien“, so der Bombardier-Betriebsrat, „ist erwiesen: Arbeiterkinder werden benachteiligt“.

„Die Mannheimer Gesamtschule zeigt,



In welchem Land leben wir? Jutta Graf-Baier und Roland Schuster



Schulleiter Erhard Korn an der Kletterwand

dass längeres gemeinsames Lernen der richtige Weg ist“, bestätigt Erhard Korn, der Leiter der Blankensteinschule in Steinheim an der Murr. Dabei sei die Mannheimer Gesamtschule nicht einmal das Schulmodell, das DIE LINKE fordert, ergänzt Korn, der Mitglied der LINKEN ist. Das Kapitel Bildungspolitik im Wahlprogramm der LINKEN stammt zum Großteil aus seiner Feder. Er ist Landesvorsitzender der Fachgruppe Hauptschulen bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

„Gute Bildung heißt fördern statt ausgrenzen“, sagt Jutta Graf-Baier. Und sie hofft, dass ihr Enkelkind und alle anderen Kinder Baden-Württembergs bald eine moderne Gemeinschaftsschule besuchen können.

Die Gesundheitsreform führt zu weiterem Sozialabbau

Der Freiburger Medizin-Professor Lothar Schuchmann fordert eine Bürgerversicherung

Wenn Lothar Schuchmann über Gesundheitspolitik spricht, denkt er in erster Linie an seine früheren kleinen Patienten. Als langjähriger Kinderarzt im Freiburger Stadtteil Landwasser, einem sozialen Brennpunkt, musste er sich häufig mit den gesundheitlichen und bildungsrelevanten Folgen von Armut und sozialer Ausgrenzung befassen. „Kinderarmut in unserem reichen Land ist nicht naturwüchsig, sie war und ist politisch gewollt“, sagt der emeritierte Universitätsprofessor, der für DIE LINKE im Wahlkreis Freiburg II kandidiert.

„Wer Hartz IV wollte und will, dem sind Zukunft und Lebensperspektiven von Millionen armer Kinder und Jugendlicher gleichgültig.“ Die jüngste Gesundheitsreform von Gesundheitsminister Philipp Rösler führe dazu, dass der Sozialabbau weitergeht. Schuch-



Kinderarzt Prof. Lothar Schuchmann

mann: „Nutznießer sind derzeit die Pharmaindustrie und private Krankenversicherungen.“ Das Einfrieren des Arbeitgeberanteiles auf 7,2 Prozent sei vollkommen inakzeptabel. Damit müssten die Versicherten jede Kostensteigerung künftig allein übernehmen.

Der Freiburger Kinderarzt fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung: Jeder müsse einzahlen, und zwar abhängig von seinem Einkommen. Dazu gehörten auch die Kapitaleinkünfte. So lasse sich der Beitragssatz senken und die unsozialen Zuzahlungen und Zusatzbeiträge könnten abgeschafft werden.

Jetzt hofft Lothar Schuchmann, dass die Landtagswahlen in Baden-Württemberg eine Trendwende in ganz Deutschland einleiten, „damit wir dann auch in Berlin endlich eine andere Politik bekommen“.

Investitionsprogramm und Zukunftsfonds

In der Krise hat sich gezeigt, wie anfällig die exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft ist. Um Arbeitsplätze, Lebensqualität und die Umwelt zu sichern, ist ein sozialökologischer Umbau erforderlich. Dazu will DIE LINKE ein Investitionsprogramm auflegen sowie einen Zukunftsfonds einrichten.

Umweltschützer loben DIE LINKE

Baden-Württemberg hätte seit der Übernahme von 45 Prozent der EnBW-Aktien die Möglichkeit, schnell aus der Atomkraft auszusteigen. Dies ist die Forderung der LINKEN. Die Partei steht nach einer Auswertung der Wahlprogramme aller Parteien den Zielen des Bundes für Umwelt- und Naturschutz und des Naturschutzbundes zusammen mit den Grünen am nächsten. So die Vorsitzenden der beiden Organisationen.

DIE LINKE in Nordwürttemberg

DIE LINKE. Baden-Württemberg tritt in allen 26 Wahlkreisen des Regierungsbezirks Stuttgart (Nordwürttemberg) zur Landtagswahl an. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhält sie keine Spenden aus den Konzernnetzen.

So hat Schraubenkönig Adolf Würth die CDU mit 100 000 Euro bedacht. Der Arbeitgeberverband Südwestmetall überwies der Mappus-Partei 200 000 Euro und der FDP 75 000 Euro. Dieter Zetsche, Daimler-Chef und bekennender Stutt-

gart-21-Befürworter, hat sich doppelt abgesichert. Er überwies der CDU und der SPD jeweils 150 000 Euro.

**Unterstützen Sie den Wahlkampf der LINKEN:
DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart
BLZ 600 100 70 · Konto 289 582 700
Spenden sind steuerlich absetzbar, für eine
Bescheinigung bitte Name und Adresse angeben.**



Stuttgart I
Christoph Ozasek (24)
Sozialwissenschaftler,
Regionalrat der Region
Stuttgart



Stuttgart II
Brigitte Tilgner (61)
Rechtsanwältin



Stuttgart III
Reiner Hofmann (58)
Betriebswirt, Porsche-
Betriebsrat, Bezirksbeirat
in Stuttgart-Mühlhausen



Stuttgart IV
Marta Aparicio (59)
Ethnologin, Politologin,
Referatsleiterin bei der
Volkshochschule



Böblingen
Stefan Dreher (55)
Kfz-Mechaniker



Leonberg
Günter Roth (55)
Richter am Landgericht
Saarbrücken a. D.



Esslingen
Tobias Hardt (47)
Sozialpädagoge



Kirchheim
Bernd Luplow (52)
Kaufmännischer
Angestellter



Nürtingen
Peter Rauscher (64)
Realschullehrer



Göppingen
Christian Stähle (51)
Schulpsychologe,
Gemeinderat in Göppingen



Geislingen
**Sabine
Rösch-Dammenmiller** (48)
Jugend-
und Heimerzieherin



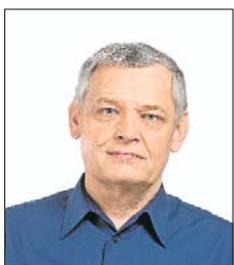
Ludwigsburg
Hans-Jürgen Kemmerle (57)
Heilpädagogin,
Familientherapeut,
Kreisrat in Ludwigsburg



Vaihingen
Peter Schimke (56)
Nachrichtentechniker,
Kreisrat in Ludwigsburg



Bietigheim-Bissingen
Walter Kubach (56)
Starkstromelektriker,
ehrenamtlicher
Arbeitsrichter



Waiblingen
Reinhard Neudorfer (64)
Diplom-Verwaltungswirt



Schorndorf
Jörg Drechsel (54)
Kaufmännischer
Angestellter



Backnang
Prof. Dr. Titus Simon (56)
Professor für Sozial-
und Gesundheitswesen



Heilbronn
Elke Ehinger (55)
Heilpraktikerin



Eppingen
Peter Stender (55)
Bohrwerksdreher,
Betriebsrat bei Coperion



Neckarsulm
Ralf Ritter (48)
Diplom-
Wirtschaftsingenieur



Hohenlohe
Richard Neumann (51)
Maschinenschlosser-
meister, Gesamtbetriebs-
ratsvorsitzender und
Aufsichtsrat von GETRAG



Schwäbisch Hall
Richard Neumann (51)
Maschinenschlosser-
meister, Gesamtbetriebs-
ratsvorsitzender und
Aufsichtsrat von GETRAG



Main-Tauber
Rolf Grüning (52)
Rechtsanwalt



Heidenheim
Horst Mack (60)
Rechtsanwalt,
Kreisrat und Gemeinderat
in Heidenheim



Schwäbisch Gmünd
Susanne Kempf (49)
Pharmazeutisch-kauf-
männische Angestellte



Aalen
Roland Hamm (54)
Industriekaufmann,
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall Aalen und
Schwäbisch Gmünd

Aus der Krise nichts gelernt

Auch wenn die Sektkorken in vielen Chefetagen wieder knallen, auch wenn uns die Politiker rosige Zeiten versprechen, die Realität sieht anders aus: Immer mehr Menschen müssen von ungesicherten Jobs leben. Die Hartz-Gesetze führten zur Zerstörung der Existenz ganzer Familien. Verantwortlich dafür sind SPD, Grüne, CDU und die FDP gemeinsam. Deshalb fordert die LINKE: Weg mit Hartz IV! Die herrschenden Parteien haben aus der Krise der vergangenen Jahre nichts gelernt. Die Regierung von Angela Merkel weigert sich, die Banken an die Kette zu legen. So wird der nächste Finanzcrash vorbereitet. Wir brauchen eine gerechtere Wirtschaftsordnung. DIE LINKE fordert die Wiederherstellung des Sozialstaates, kostenfreie Bildung für alle und mehr Demokratie. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Partei in den Landtag von Baden-Württemberg einzieht.

Peter Schimke
Bosch-Betriebsrat, Kandidat im Wahlkreis 13, Vaihingen

Schienenverkehr ausbauen

Bahn-Chef Rüdiger Grube will Steuer-Milliarden in Stuttgart und auf der Schwäbischen Alb vergraben

Das Aktionsbündnis für den Ausbau des Stuttgarter Kopfbahnhofs hat Roland Hamm zwei Mal als Redner zu Großkundgebungen eingeladen. Der Aalener sprach für die Gewerkschafter gegen Stuttgart 21. Er gehört zu den Initiatoren der Initiative. Das Thema interessiert den IG-Metall-Bevollmächtigten schon lange. Denn er will, dass der Schienenverkehr in der Fläche ausgebaut wird. „Wenn S21 aber wie ein Staubsauger sämtliche Gelder aufsaugt, bleibt dafür nichts mehr übrig.“ Deshalb gehe das Milliarden-Projekt ganz Baden-Württemberg an. Und aus diesem Grund sei er nicht nur in Aalen und Stuttgart, sondern auch andernorts bei Veranstaltungen für die Initiative aufgetreten. Im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 sind die Gewerkschafter vertreten durch Werner Sauerborn (Verdi) und den Daimler-Betriebsrat und Stadtrat Thomas Adler. Adler kennt die Praktiken von Bahn-Chef Grube aus dem Konzern. Zusammen mit dem damaligen Daimler-Chef Jürgen Schrepp wollte Konzernstrategie Grube Daimler zu einer Welt-AG machen. „Rund 50 Milliarden Euro haben sie dabei verbrannt“, erinnert sich Adler.



Roland Hamm (Mitte) beim Protest gegen Stuttgart 21 in Aalen

Das soziale Elend hat zugenommen

Sabine Rösch-Dammenmiller fordert kostenlose Bildung, einen angemessenen Mindestlohn und das Verbot der Leiharbeit

Irgendwann vor sechs Jahren gab es einen Bruch im Leben von Sabine Rösch-Dammenmiller (50). Schon über zwei Jahrzehnte war sie damals in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Doch das soziale Elend hat zugenommen. Und so entschied sich die gelernte Jugend- und Heimerzieherin, selbst in der Politik mitzumischen. Bei der

Landtagswahl am 27. März kandidiert sie für DIE LINKE im Wahlkreis Geislingen.

„Etwas mehr als 1000 Euro brutto im Monat, das reicht nicht zum Leben“, sagt Sabine Rösch-Dammenmiller über eine alleinerziehende Frau, die sie betreut. Als Leiharbeiterin eines Metallbetriebs verdiene sie etwa ein Drit-

tel des Tariflohns. Doch sie weigert sich, Unterstützung zu beantragen. „Die junge Mutter hatte schon einmal Hartz IV bezogen“, sagt ihre Beraterin. Seitdem wollte sie von Behörden nichts mehr wissen. Sie wolle auf eigenen Füßen stehen. Und sie habe Angst vor den Schikanen, denen sie in dieser Zeit ausgesetzt war.

„Der fünfjährige Sohn der Leiharbeiterin war noch nie im Hallenbad, noch nie im Kino. Die beiden bewohnen eine Ein-Zimmer-Wohnung in einer heruntergekommenen Hochhausiedlung. Und die Mutter hat so viele Sorgen, dass sie sich nicht so um ihr Kind kümmern kann, wie sie gerne möchte.“ Solche Schicksale begegnen Sabine Rösch-Dammenmiller, die bei einem kirchlichen Träger in der Familienhilfe arbeitet, regelmäßig. Und regelmäßig schwanken ihre Gefühle dann zwischen Wut und Zorn, „denn der Lebensweg dieser Kinder ist schon jetzt vorgezeichnet“, weiß sie aus ihrer langjährigen Erfahrung.

Deswegen müsse endlich ein angemessener Mindestlohn durchgesetzt und Leiharbeit verboten werden. Die Bildungsangebote von der Kleinkind-Betreuung bis zum Universitätsstudium

sollten kostenfrei werden. Jetzt hofft die Landtagskandidatin, dass es in Baden-Württemberg endlich zu einem Politikwechsel kommt.

Impressum

KURSWECHSEL

Ausgabe Nordwürttemberg
(Regierungsbezirk Stuttgart) mit Stuttgart-Beilage

März 2011
Herausgeber: DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart

0711 / 24 10 45
info@die-linke-bw.de

Verantwortlich: Bernhard Strasdeit

Fotos: Rita Eggstein, Oliver Giers, Anne Faden, Frank Hoppe, Daniel Kopatsch (dapd), Marijan Murat (dpa), Friedrun Reinhold, Jo Röttgers, Claudia Schäfer, Frank Schwarz, Martin Storz, privat, Dig/Trialon, Archiv DIE LINKE

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Internetauftritt der LINKEN
zu den Landtagswahlen
www.dielinke-in-den-landtag.de



„Das reicht nicht zum Leben.“ Familientherapeutin Sabine Rösch-Dammenmiller

Die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen und manipulieren

Interview mit Stadtrat Hannes Rockenbauch vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 und dem Parkschützer Matthias von Herrmann

Welchen Stellenwert hat die Wahl am 27. März für den Kampf gegen Stuttgart 21?

Matthias von Herrmann: Wenn die Bürger es schaffen, Schwarz-Gelb abzuwählen, ist dies ein wichtiger Meilenstein. Statt das Geld in ein unsinniges Milliarden-Projekt zu stecken, muss es das Land für eigene Aufgaben ausgeben, allem voran für mehr Lehrer und bessere Studienbedingungen.

Hannes Rockenbauch: Noch nie hatten wir vor einer Wahl eine so starke und gut vernetzte Bürgerbewegung. Wir haben in fast allen Wahlkreisen Aktionsbündnisse. Und zum ersten Mal seit 57 Jahren besteht die Möglichkeit, den schwarzen Filz abzuwählen. Aber wir haben noch verdammt viel Arbeit vor uns. Wir müssen auch die Unentschlossenen und die Wechselwähler erreichen. Denn die beiden Parteien, die Stuttgart 21 ablehnen, sollten ein möglichst hohes Ergebnis bekommen. Wichtig ist, die Linke muss unbedingt die Fünfprozenthürde überspringen.

Matthias von Herrmann: Ich habe den Eindruck, dass auch immer mehr Menschen auf dem Land bewusst wird, welche Nachteile Stuttgart 21 für sie bringen würde: Der ohnehin vernachlässigte Regionalverkehr würde nicht verbessert – im Gegenteil.

Ist der Kampf gegen Stuttgart 21 auch ein Kampf für mehr Demokratie?

Hannes Rockenbauch: Die Demokratiefrage ist die Klammer aller unserer Bündnisse. Die Leute wollen ihre Zukunft selbst gestalten.

Matthias von Herrmann: Die Menschen haben gesehen, dass sie nicht ernst genommen werden, dass die Betreiber von Stuttgart 21 tricksen, manipulieren oder wichtige Unterlagen verheimlichen.

Ruft ihr zur Wahl bestimmte Kandidaten auf?

Hannes Rockenbauch: Nein. Unser Motto heißt: Tunnel-Parteien abwählen, also diejenigen, die den Bahnhof unter die Erde bringen wollen. Und unser Ziel ist, die schwarz-gelbe Prügel-Regierung loszuwerden.

Was macht ihr nach der Wahl?

Matthias von Herrmann: Egal wer mit wem koalieren wird, wir machen weiter, bis das Milliarden-Projekt beendet ist. Und wir werden Aktionen organisieren, um auf die kommenden



Vermittler Heiner Geißler und Hannes Roggenbauch vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21



„Wir machen weiter.“ Parkschützer Matthias von Herrmann

Koalitionsverhandlungen Einfluss zu nehmen. Denn manche befürchten, dass man die Grünen zum Jagen tragen muss. Wir werden keine Kompromisse akzeptieren.

Hannes Rockenbauch: In die Falle von Angela Merkel werden wir nicht laufen. Sie sieht in der Landtagswahl einen Volksentscheid und hofft, dass wir

danach wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir verlangen eine echte Bürgerbefragung der betroffenen Menschen in der Region Stuttgart. Und wenn im Schlosspark trotzdem erneut Bäume gefällt werden oder die Abrissbagger zum Südflügel des Hauptbahnhofs kommen, dann werden wir friedlich und fantasievoll Widerstand leisten.

Sybille Stamm, die Sprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg, und die kaufmännische Angestellte **Liane Krusche** sind die Vertreterinnen der LINKEN im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21. Dem Bündnis gehören der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Parkschützer und sechs weitere Stuttgarter Bürgerinitiativen an sowie drei politische Parteien: die Grünen, das parteifreie Bündnis „Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)“ und DIE LINKE. Sybille Stamm war lange Jahre Verdi-Chefin in Baden-Württemberg.

Hannes Rockenbauch ist eines der bekanntesten Gesichter der Bewegung gegen Stuttgart 21. Er hat schon vor 15 Jahren Unterschriften gegen das Milliarden-Projekt gesammelt. Rockenbauch gehörte bei der Geißler-Runde im Stuttgarter Rathaus zu den Sprechern der Projektgegner. Im Stuttgarter Gemeinderat leitet er die Fraktion SÖS/DIE LINKE.

Matthias von Herrmann ist Sprecher der Parkschützer. Früher hat der Politologe für Greenpeace Pressearbeit gemacht.

Die Internetseite der LINKEN zu Stuttgart 21:
www.Stuttgart21-stoppen.de

KURSWECHSEL STUTT GART

Demokratie sieht anders aus

Schwarz-Gelb hat eine Volksbefragung über das unsinnige Milliardenprojekt Stuttgart 21 abgelehnt. Man fürchtet mehr Bürgerbeteiligung wie der Teufel das Weihwasser.

Die Menschen in unserem Land sind gegen die Rente erst ab 67 Jahren. Zweidrittel lehnt die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ab. Die Mehrheit fordert einen gesetzlichen Mindestlohn. Die CDU und die FDP scheitern das alles nicht, doch Demokratie sieht anders aus. Deshalb gehört Schwarz-Gelb abgewählt. Wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung, mehr Demokratie in Baden-Württemberg.

Sybille Stamm

Sprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg und Ersatzkandidatin von Marta Aparicio für den Wahlkreis Stuttgart IV

Marta Aparicio (l.) und Sybille Stamm vor dem Bauzaun am Hauptbahnhof



Marta Aparicio, Wahlkreis Stuttgart IV (Bad Cannstatt und Neckar-Vororte)

Eine neue Protestkultur

Marta Aparicio: So viel Fantasie und Durchhaltevermögen hätte uns niemand zugetraut

Stuttgart hat ein neues Image bekommen“, schwärmt Marta Aparicio. Sogar aus Buenos Aires, ihrer Geburtsstadt, habe sie einen Anruf erhalten, als die Medien dort über die Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 berichtet hatten. Die Frau mit dem südamerikanischen Temperament hat so manchen Schwaben in den vergangenen zwölf Monaten nicht wiedererkannt. „Das ist ganz toll; das ist eine neue Protestkultur“, sagt sie. „So viel Fantasie und Durchhaltevermögen hätte uns niemand zugetraut. Ich dachte, Schwaben gehen nur auf die Barrikaden, wenn man die Kehrwoche vergisst.“

Für die Landtagskandidatin ist die Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 eine politische und auch eine kulturelle Bewegung. „Hip-Hop oder Tango bei der Montagsdemo, ein klassisches Konzert im Schlossgarten, Kabarett und spannende Reden von gebildeten Frauen und Männern, das gehört alles zu der neuen Bürgerbewegung.“ Manchmal sei sie sich vorgekommen wie bei einer Volkshochschule unter freiem Himmel.

Aparicio arbeitet für die Stuttgarter Volkshochschule als Referatsleiterin. Die Politologin hat viel Programm für Frauen und für Jugendliche ohne



Schulabschluss sowie für Migrantinnen und Migranten gemacht. Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre gehörte sie zu der Initiative „Einwanderinnen und Einwanderer ins Rathaus“. Dies war eine Gruppe, die mehr Rechte und eine bessere Bildung und Ausbildung für die Migrantinnen forderte.

Erst mit der LINKEN hat Marta Aparicio eine Partei gefunden, die ihr zusagte, „weil sie ein klares politisches Profil hat“. Beinahe wäre sie 2009 in den Bundestag eingezogen. So gut war ihr Listenplatz. Eines ihrer Themen

war Stuttgart 21. „Ich bin froh, dass wir zum Beispiel mit Sabine Leidig oder Heike Hänsel kluge und kämpferische Abgeordnete in Berlin haben, die die Bewegung gegen Stuttgart 21 unterstützen“, sagt Aparicio. Die Stuttgarter Kandidatin hofft, dass die Landtagswahlen in der Bundeshauptstadt ein kleines Beben auslösen werden. „Wenn wir zusammen mit den

Grünen und der SPD im Landtag eine Mehrheit haben, können wir eine Bürgerbefragung über Stuttgart 21 beschließen.“

Die Stuttgarter sollten darüber abstimmen, ob wir den Kopfbahnhof modernisieren oder einen unterirdischen Bahnknoten bauen, der sich durch die ganze Stadt zieht. Über die Strecke nach Ulm sollten nach einer ausreichenden Informations- und Diskussionsphase alle Wahlberechtigten in Baden-Württemberg abstimmen. Frage sich nur, „ob sich nach der Wahl alle Sozialdemokraten und Grünen noch an ihre Versprechungen erinnern“. Deshalb setzt Marta Aparicio auf die Bürgerbewegung, die gerade bei den Wählern der SPD und der Grünen gut verankert sei. „Wenn diese Massenbewegung bei den Koalitionsverhandlungen auf der Matte steht, dann dürfte es den Parteivertretern schwerfallen, einen faulen Kompromiss zu vereinbaren.“

Siehe auch das Interview mit Marta Aparicio auf Seite 2 dieser Wahlzeitung.

Die Armut Alleinerziehender kann ich nicht akzeptieren

Brigitte Tilgner streitet für Versammlungsfreiheit und soziale Gerechtigkeit



„Ein Ungelernter kann heute nicht mehr von seiner Arbeit leben.“ Brigitte Tilgner

Seit mehr als dreißig Jahren ist Brigitte Tilgner Rechtsanwältin. Strafrecht, Ausländerrecht und Familienrecht sind die Schwerpunkte ihrer Kanzlei in der Stuttgarter Alexanderstraße, die sie zusammen mit drei Kollegen führt. Sie setzt sich für Bürgerrechte und für Flüchtlinge ein, kämpft juristisch und politisch gegen das Arbeitsverbot für Asylsuchende und ihre Residenzpflicht. Und sie vertritt Gegner von Stuttgart 21, die mit ihrem Protest ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten und von Strafverfolgung bedroht sind. Schon als sie 1977 in Stuttgart ihre Zulassung erhielt, schloss sie sich dem Verein kritischer junger Juristen an. Sie und ihre Mitstreiter wollten politische Veränderungen erreichen.

Brigitte Tilgner kommt aus Hessen. Sie ging in Göttingen zur Schule und machte 1967 Abitur – in dem Jahr, in dem Benno Ohnesorg während einer

Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien durch eine Polizeikugel starb. Für die junge Frau wurden die tödlichen Schüsse das Signal zur Politisierung. Mit 19 Jahren ging sie nach Berlin, schrieb sich für Jura ein und schloss sich der Studentenbewegung an. Bei der Vorbereitung auf einen Studienaufenthalt in Ghana in Afrika lernte sie ihren früheren Mann Ulrich Tilgner kennen, der später beim ZDF eine große Karriere als Kriegsberichterstatter machte.

Nach dem ersten Staatsexamen besuchte sie die renommierte Deutsche Journalistenschule in München, ehe sie in Stuttgart ihr Referendariat begann. Als ihr heute 33-jähriger Sohn zur Welt kam, entschied sie sich endgültig für den Anwaltsberuf. Brigitte Tilgner

zog ihren Sohn allein groß. Familie und juristische Arbeit ließen sich einigermaßen vereinbaren. „Ich war als Anwältin in einer privilegierten Situation“, sagt sie im Rückblick. „Aber dass alleinerziehend heute überwiegend bedeutet zu verarmen, kann ich absolut nicht akzeptieren.“

Sie reihte sich in die Anti-AKW- und in die Friedensbewegung ein. Doch es war vor allem die wachsende soziale Ungerechtigkeit, die sie 2008 bewog, sich erstmals einer Partei anzuschließen. „Es gibt eine ständige Lohnspirale nach unten. Die SPD hat uns eine steigende Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse eingebrockt. Ein Ungelernter kann heute nicht mehr von seiner Arbeit leben“, beschreibt sie, weshalb sie sich dafür entschied, mit der LINKEN

gegen solche Zustände zu kämpfen. Sei es die Forderung nach mehr Rechten für Frauen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine gerechte Bildungspolitik oder die strikte Ablehnung von Kriegseinsätzen: „Ich kann mich mit fast allen Punkten identifizieren, bis hin zur Ablehnung von Stuttgart 21“, sagt Brigitte Tilgner. Doch ihre Hauptantriebsfeder bleibe die soziale Frage. Zu den wichtigen Anträgen, die sie mit der Linksfraktion in den Stuttgarter Landtag einbringen will, gehört die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Studiengebühren. Und sie fordert bessere Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten. Baden-Württemberg solle über den Bundesrat die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke verhindern, die Rentenkürzung durch die Erhöhung des Eintrittsalters auf 67 rückgängig machen und Hartz IV zugunsten einer sanktionsfreien Grundsicherung für alle abschaffen.

Die 61-Jährige, Theaterfan und Musikliebhaberin, wohnt in Plieningen. Sie bewirbt sich im eher bürgerlichen Wahlkreis Stuttgart II. „Themen wie eine gerechtere Welt interessieren auch den Mittelstand“, ist sie überzeugt. Neben Veranstaltungen in den Stadtteilen, etwa zur Zweiklassenmedizin, Asylpolitik oder Rekommunalisierung der Stadtwerke, will sie im Wahlkampf vor allem an Infoständen um die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler werben.

Wahlkreis Stuttgart II (Fildern)

Brigitte Tilgner (61)
Rechtsanwältin

Ersatzkandidat
Ulf Hartmann (62)
Rentner

Bezirksbeirat in Stuttgart-Vaihingen

www.tilgner.dielinke-in-den-landtag.de

„Hotel Silber“ soll Lern- und Gedenkort werden

DIE LINKE lehnt den Abriss der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Dorotheenstraße ab

Die Landtagskandidatinnen und -kandidaten der LINKEN wenden sich gegen den Abriss der ehemaligen württembergischen Gestapo-Zentrale in der Stuttgarter Dorotheenstraße. Das nach seiner früheren Funktion und seinem früheren Besitzer „Hotel Silber“ genannte Gebäude sollen stattdessen zu einem Gedenk- und Lernort ausgebaut werden. Dort soll die Verfolgung aller Opfergruppen, der Wi-

derstand in all seinen Facetten und das Funktionieren des NS-Regimes systematisch und auf Stuttgart und Württemberg-Hohenzollern bezogen dargestellt werden. So steht es im Programm der LINKEN zur Landtagswahl.

Damit unterstützen die LINKEN die Forderungen der Initiative „Lern- und Gedenkort Hotel Silber“, in der sich mittlerweile 22 Organisationen zusammengeschlossen haben, darunter

der DGB Nord- und Südwürttemberg. Einig ist man sich damit auch mit der Fraktion SÖS/DIE LINKE im Stuttgarter Gemeinderat, die sich von Anfang an als einzige Fraktion eindeutig gegen den Abriss gestellt hat.

Die Landesregierung plant zusammen mit dem Kaufhauskonzern Breuninger ein Neubauprojekt am Stuttgarter Karlsplatz. Dort sollen ein Einkaufszentrum, ein Luxushotel und Büros für

Ministerien entstehen. Dafür soll das „Hotel Silber“ abgerissen werden. In dem Gebäude wurden die Züge der württembergischen Juden in die Vernichtungslager, die Niederschlagung des kommunistischen Widerstands, die Ermordung zahlreicher Zwangsarbeiter und die Verfolgung sogenannter Asozialer und Homosexueller sowie der Kritiker des NS-Regimes innerhalb der Kirchen organisiert.

Energieversorgung: ökologisch und in Bürgerhand

Der linke Umweltpolitiker und Regionalrat Christoph Ozasek fordert die Gründung von unabhängigen Stadtwerken

Man kann nicht zu einer anderen Energieversorgung kommen, ohne mit den großen Konzernen zu brechen.“ Darin unterscheidet sich der linke Umweltpolitiker Christoph Ozasek von so manchem Grünen. Beim Umweltschutz dürfe man die Menschen nicht vergessen und müsse den Verbraucher- und Gesundheitsschutz mit einbeziehen. „Ökologie darf kein Luxusthema sein“, sagt der jüngste Landtagskandidat der LINKEN.

Statt meist wirkungsloser Appelle an die Wirtschaft fordert Ozasek klare gesetzliche Vorgaben in allen Bereichen. Er will, dass die Energieversorgung wieder städtisch wird. Die EnBW soll ihre Atommeiler und später auch ihre Kohlekraftwerke abschalten und komplett auf erneuerbare Energien umsteigen. Dazu müsse man beispielsweise die Windkraft auch in der Region Stuttgart nutzen, um lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ozasek kritisiert zwar, dass Ministerpräsident Mappus 45 Prozent der EnBW-Anteile am Parlament vorbei zu einem schlechten Preis erworben hat, sieht aber auch Chancen für einen ökologischen Umbau. Denn die EnBW könne jetzt eine Schlüsselrolle bei regenerativer Energiegewinnung in Baden-Württemberg einnehmen, anstatt fortlaufend Milliarden in fossile Kraftwerke im Ausland zu investieren. Der

Es geht um Bürgerrechte, ökologische Erneuerung und eine soziale Wende.

Christoph Ozasek

Stuttgarter Landtagskandidat regt an, die Gesellschaftsform des Konzerns zu ändern, da eine Aktiengesellschaft immer profitorientiert arbeiten müsse. Steigende Energiekosten für den Bürger bei sinkenden Einkaufspreisen müssten von der Politik unterbunden werden. Die Arbeitsplätze und Tarifverträge der EnBW müssten gerade bei notwendigen Rekommunalisierungsprozessen zur Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung erhalten bleiben, sagt Ozasek. „Wir müssen verhindern, dass die Beschäftigten die Leidtragenden der Dax-Fantasien von Stefan Mappus werden. Baden-Württemberg braucht keinen Global Player, sondern einen ökologischen Vorzeigekonzerne unter öffentlicher Kontrolle.“ Christoph Ozasek wurde 1986 geboren. Das war das Jahr der Reaktorkata-



„Bildung muss von der Kindertagesstätte bis zur Universität kostenlos sein.“ Christoph Ozasek

strophe in Tschernobyl. Sie prägte das Familienleben und den 24-Jährigen bis heute. „Der Sozialismus, für den ich mich einsetze, muss demokratisch und ökologisch sein“, sagt der Sozialwissenschaftler, der an der Universität Stuttgart Politik und Soziologie studiert hat.

Zur Politik kam Christoph Ozasek als Jugendlicher durch den Jugoslawienkrieg: „Es war für mich sehr einschneidend, dass deutsche Tornados über Sarajevo Bomben abwarfen.“ Als er 18 wurde und zum ersten Mal wählen durfte, besorgte sich Ozasek die Programme aller Parteien. Das der PDS faszinierte ihn am meisten. „Es beschrieb einen ganz anderen Gesellschaftsentswurf als die anderen. Es ging um Bürgerrechte, ökologische Erneuerung und eine soziale Wende.“ Ozaseks Generation wuchs mit CDU-Kanzler Helmut Kohl auf und setzte 1998 große Hoffnungen in Rot-Grün.

„Es war eine Aufbruchstimmung da, aber es veränderte sich nichts“, beschreibt er seine Enttäuschung. Im Gegenteil: „Bürgerrechte und Sozialstaat wurden abgebaut; auch im Bereich der Ökologie gab es keine großen Fortschritte“, erinnert sich Ozasek. „Es wurde nicht über Nachhaltigkeit diskutiert, sondern über das Dosenpfand.“ Übrigens: Ozasek ist Vegetarier – nicht nur, weil er tierlieb ist, sondern auch aus politischer Überzeugung: „Ernährungsfragen sind Menschenrechtsfragen. Es geht auch um die globale Gerechtigkeit.“

2009 wurde er in die Stuttgarter Regionalversammlung gewählt. Dort hat DIE LINKE beantragt, ein VVS-Sozialticket für Menschen einzuführen, die sich sonst keine Fahrkarte leisten können. „Das trägt zur besseren Auslastung des Verkehrsverbands bei“, sagt der Regionalrat. „Und die Menschen bekommen ihre Würde zurück. Denn Mobilität ist ein Grundrecht.“ Von 2006 bis 2010 war der Landtagskandidat Ozasek Landessprecher der Jugendorganisation Solid. Eines seiner

Hauptanliegen war damals der Kampf gegen die Einführung von Studiengebühren. Die Abschaffung von Gebühren sollte eine der ersten Beschlüsse einer neuen Landtagsmehrheit werden. Denn Grüne, SPD und LINKE seien sich darin einig. Generell müsse Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität kostenlos sein. Der Stuttgarter Landtagskandidat, der mit seinem Partner im Osten der Stadt wohnt, arbeitet im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Annette Groth und für die Fraktionsgemeinschaft der SÖS und der LINKEN im Stuttgarter Gemeinderat.

Wahlkreis Stuttgart I (innere Stadtbezirke)

Christoph Ozasek (24)
Sozialwissenschaftler

Ersatzkandidat
Wolfgang Hoepfner (50)
Stadtbahnfahrer, Betriebsrat,
Schwerbehindertenvertreter,
Regionalrat

Stuttgart 21: eine soziale Frage

Stuttgarter Norden: Reiner Hofmann tritt im ehemaligen Wahlkreis von Ulrich Maurer an



Kandidat Reiner Hofmann (rechts) und Gangolf Stocker, der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21

Politischer Aschermittwoch

Kulturprogramm mit Gesine Löttsch

Mittwoch, 9. März 2011, 19:30 Uhr
Ort: Stuttgart-Heslach, Altes Feuerwehrhaus, Möhringer Straße 56

Gesine Löttsch ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Sahra Wagenknecht trifft Marta Aparicio

Sonntag, 13. März 2011, 16 Uhr
Ort: Stuttgart-Untertürkheim, Sängerkirche, Lindenschulstraße 29

Sahra Wagenknecht ist stellvertretende Parteivorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Niedriglohnsektor und Arbeitsplätze

Diskussion mit Marta Aparicio, Ulrich Maurer und Karl Reif

Montag, 14. März 2011, 19 Uhr
Ort: Sängerkirche, Stuttgart-Untertürkheim, Lindenschulstraße 29

Ulrich Maurer ist Bundestagsabgeordneter (Wahlkreis Stuttgart Nord) der LINKEN und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, Karl Reif ist stellvertretender Vorsitzender des Daimler-Betriebsrats in Stuttgart-Untertürkheim.

Abschlusskundgebung mit Oskar Lafontaine

Dienstag, 22. März 2011, 17:30 Uhr
Ort: Schlossplatz, Stuttgart

Wir wollen keine Maultaschen-Stasi

Die LINKE fordert Ministerpräsident Stefan Mappus und Innenminister Heribert Rech auf, die Überwachung politischer Gegner durch die Polizei sofort einzustellen. Der von Rech zugegebene Fall in Heidelberg müsse lückenlos aufgeklärt werden. Dies gelte auch für die Bespitzelungen im Umfeld von Stuttgart-21-Gegnern und den vermuteten Einsatz von Provokateuren, sagt Marta Aparicio, die Spitzenkandidatin der LINKEN, die im Wahlkreis Stuttgart IV antritt. Statt mit Polizeispitzeln oder informellen Mitarbeitern politische Gegner einzuschüchtern, solle die Landesregierung lieber mehr Personal für die Enttarnung von Steuerhinterziehern einsetzen. Aparicio: „Wir wollen keine Maultaschen-Stasi.“

Gangolf Stocker kannte ich schon, als noch niemand von Stuttgart 21 sprach“, berichtet Reiner Hofmann. Die beiden verbindet ein starkes Gerechtigkeitsgefühl. Stocker (66) war deshalb viele Jahre Betriebsratsvorsitzender, Reiner Hofmann (58) ist immer noch Betriebsrat und IG-Metaller – bei Porsche in Stuttgart-Zuffenhausen. Und beide waren von Anfang an gegen Stuttgart 21. „Schließlich war ich einmal Bundesjugendsekretär der Naturfreunde“, sagt Hofmann.

Jetzt kandidiert der Gewerkschafter für DIE LINKE im Wahlkreis Stuttgart III, dem Stuttgarter Norden. Das ist der Wahlkreis, in dem einst Ulrich Maurer Stimmenkönig war. Der frühere Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD sitzt heute für DIE LINKE im Bundestag. Doch zum Landtagswahlkampf wird er wieder häufig in Baden-Württemberg auftreten. „Und ich werde Reiner Hofmann im Stuttgarter Norden unterstützen“, versichert er. Maurer ist nach Oskar Lafontaine der bedeutendste Sozialdemokrat, der die Partei aus Protest gegen den Kurs von Gerhard Schröder verlassen hat.

Während Ulrich Maurer in den 90er-Jahren Stuttgart 21 noch begrüßt hat, zählt er heute zu den schärfsten Kritikern im Bundestag. Doch die Vorarbeit für den Aufbau der Protestbewegung haben Leute wie Gangolf Stocker geleistet. Er hatte sich seit Mitte der 90er-Jahre ganz dem Kampf gegen das Milliarden-Projekt verschrieben. Und Reiner Hofmann unterstützte ihn.

Das Geld brauchen wir für unsere Kinder und für soziale Aufgaben.

Reiner Hofmann

Doch die Schwerpunkte der politischen Arbeit des gelernten Bankkaufmanns blieben weiterhin der Betrieb und die Gewerkschaft.

Hofmann: „Ich bin IG-Metaller. Und meine Vorbilder sind Willi Bleicher und Ludwig Kemeth.“ Bleicher war Widerstandskämpfer in der Nazizeit und später IG-Metall-Chef und Streikführer in Baden-Württemberg. Kemeth war Erster Bevollmächtigter der Gewerkschaft in Stuttgart und galt als Mann der Basis. „Ich stimmte mit Ludwig in allen Fragen überein, nur über Stuttgart 21 hatten wir heftige Auseinandersetzungen“, berichtet Hofmann.

„Doch inzwischen wäre Kemeth sicher auch ein S-21-Gegner.“ Genauso wie sein Nachfolger als Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart Jürgen Stamm. Stamm gibt seine Fehleinschätzung in den 90er-Jahren offen zu. „Heute demonstrieren wir gemeinsam und unterstützen die Initiative ‚Gewerkschafter gegen S21‘“, sagt Hofmann. Und sehr viele Gewerkschafter in der Region Stuttgart machten inzwischen mit.

Automobilregion

Stuttgart 21 sei auch eine soziale Frage. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Steuergelder für ein Immobilienprojekt im Stuttgarter Untergrund vergraben werden“, sagt der Landtagskandidat der LINKEN. „Das Geld brauchen wir für unsere Kinder, für die Bildung und für soziale Aufgaben. Außerdem sollten wir es dafür verwenden,

die Automobilregion Stuttgart auf die Zukunft vorzubereiten. Wir müssen intelligente Mobilität anbieten; das nutzt der Umwelt und schafft neue Jobs – auch für unsere Kinder und Enkel.“ Wer auf die alten Konzepte setze, vernichte Arbeitsplätze.

Arbeitsplatzlüge

Und was hält Reiner Hofmann von den Arbeitsplatzversprechungen der Stuttgart-21-Betreiber? „Alles Propaganda. Ich erinnere mich noch an die 90er-Jahre; damals wurden sogar 24.000 neue Jobs versprochen. Inzwischen wurde die Zahl halbiert, weil sie niemand glauben wollte.“ Doch auch das sei eine Lüge. „Denn selbst wenn auf dem S-21-Gelände mehrere tausend Arbeitsplätze entstünden, wäre das ein Nullsummenspiel, da die Arbeitsplätze dann an anderer Stelle gestrichen würden.“

Das Thema habe man mehrfach auch mit Gangolf Stocker diskutiert. Reiner Hofmann hat den Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S21 immer wieder zum Frühschoppen ins Waldheim Gaisburg eingeladen. Und er organisierte eine Veranstaltung mit Klaus Arnoldi, den damals noch kaum jemand kannte. Der stellvertretende Landesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschlands (VCD) ist der „Vater des Alternativkonzepts Kopfbahnhof 21“.

Wahlkreis Stuttgart III (nördliche Stadtteile)

Reiner Hofmann (58)
Bankkaufmann und Betriebswirt, Betriebsrat bei Porsche, Mitglied der Delegiertenversammlung der IG Metall Stuttgart, Naturfreund, Bezirksbeirat der Fraktion SÖS/DIE LINKE im Stadtbezirk Mühlhausen